1. Jahrg. Nr. 11. Preis 3,00 M.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Die „KAZ" erscheint wöchentlich einmal. Zu beziehen durch alle Bezirksorganisationen, oder direkt durch Verlag „Proletarier", Berlin SO. 36, Reichenbergerstr. 113.

Zuschriften für die Redaktion sowie alle Geldsendungen an Verlag „Proletarier" (Emil Sach), Berlin SO. 36, Reichenberger Straße 113.

Postscheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 117766 (Emil Sach). Versand unter Streifband in Deutschland 14,— M. und nach dem Ausland 30,— Mark monatlich.

Das amerikanische Proletariat ist in Bewegung!

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika stehen die Ehrenfesten des Weltkapitalismus. Aus der einst winzigen industriellen Provinz des kapitalistischen Englands hat die nordamerikanische Bourgeoisie, deren gemeinsames politisches Leitmotiv „First America!" („zuerst kommt Amerika!") ist, vor allem kraft ihrer günstigen geographischen Position und der riesigen Entfaltung ihrer Produktivkräfte im Laufe des Krieges endgültig die Hauptstadt des gesamten internationalen Kapitalismus gemacht.

Die Kapitalanhäufung in den Händen einzelner Kapitalisten, von denen schon vor dem Kriege der einzige J. Pierpont Morgan, mit Hilfe geschickter Beträgereien gegenüber dem Staat über 22 Milliarden Dollar, d. h. viermal so viel wie die damaligen gesamten jährlichen Staatseinnahmen Amerikas, Englands, Deutschlands, Frankreichs und Italiens, zusammengeraffelt hatte, hat nach dem Kriege einen geradezu phantastischen Umfang angenommen. Und es ist bei solchen Zahlen, und noch dazu bei der Vorherrschaft des Dollars in der ganzen Welt nicht weiter verwunderlich, daß dieser kapitalistische Finanzkönig Morgan die Frage: „Was kostet Europa?" mit der selbstverständlichen Gewißheit seines unermeßlichen Geldsacks stellt.

Aber gerade in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, in denen ein oberflächlicher Beobachter auf Grund dieser riesenhaften Kapitalanhäufung und der die Welt beherrschenden Valuta eine blühende — im kapitalistischen Sinne — gesunde Wirtschaft vermuten könnte, hat die kapitalistische Krisis ihre größte und für den Bestand des Kapitalismus gefährlichste Ausdehnung erreicht. Trotzdem die einzelnen Riesenkapitalisten sich ganze Länder und ganze Erdteile zu kaufen vermögen, sind sie nicht imstande, die Wirtschaftskrisis im Innern ihres eigenen Landes zu bannen oder zu beseitigen, ein untrüglicher Beweis dafür, wie sehr selbst der größte Geldsack nicht mehr helfen kann, wenn das kapitalistische System zum Tode verurteilt ist.

Schon seit einigen Jahren wird das amerikanische Wirtschaftsleben von immer umfangreichen Absatzstockungen aus dem Gleichgewicht geworfen, die teils in der Konkurrenzunfähigkeit des amerikanischen Kapitals gegenüber einer Reihe europäischer Länder, mehr jedoch noch in der verminderten Kaufkraft des amerikanischen Proletariats ihre Ursache haben. Alle bisherigen Mittel, diese mit einer Arbeitslosigkeit von annähernd 10 Millionen Proletariern verbundenen Absatzstockungen zu beheben, wie z. B. ein ganzes System von Schutzzöllen, sind gänzlich erfolglos geblieben.

Um ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber den Kapitalisten der übrigen Welt wiederherzustellen, hat die amerikanische Bourgeoisie seit dem Frühjahr dieses Jahres einen großzügig angelegten Feldzug gegen das amerikanische Proletariat eingeleitet, dessen Kampfparole „Lohnabbau auf der ganzen Linie!" heißt. Durch die Herabsetzung der Arbeitslöhne will die amerikanische Bourgeoisie eine Verbilligung der Produktion und damit ihrer Waren herbeiführen.

Diese Offensive des Kapitals hat unzählige sich schärfende Abwehrkämpfe der amerikanischen Arbeiter hervorgerufen. Schon Anfang April regten sich die Bergarbeiter, und heute stehen bereits

1 500 000 Eisenbahner und Transportarbeiter,
500 000 Kohlenarbeiter,
600 000 Textilarbeiter

im organisierten Kapital im erbittertsten und blutigsten Kampf gegenüber. Mit rücksichtsloser Schärfe wird der Kampf von beiden Seiten geführt: Während die amerikanische Regierung große Armeekorps zur militärischen Niederhaltung der Streikenden und zur „technischen Nothilfe" gerufen, die internationale Gewerkschaften der Bourgeoisie) mobil macht, besetzen die Arbeiter die Betriebe und reißen die Schienenstränge auf.

So rücksichtslos die von den amerikanischen Arbeitern angewandten Kampfmittel sind und so gigantisch die Ausdehnungsweite ihrer Kampffront ist, so reformistisch sind andererseits jedoch die Ziele (die Erhaltung ihrer bisherigen Lohnhöhen), und nur allem so unzulänglich sind die Organisationen, mit denen die Kämpfe geführt werden. Nicht nur sie, von dem berüchtigten Samuel Gompers, der selbst die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale für allzu revolutionär hält und deshalb den Anschluß an sie ablehnt, geleitet, sondern die gesamten Gewerkschaften (Amerikanische Arbeitsföderation), nehmen bei diesen Kämpfen der Löwenanteil vom Verrat der streikenden Arbeiter zufällig, sondern auch die „Industriearbeiter der Welt" (I.W.W.), die sich von den Gewerkschaften lediglich durch eine weit größere Kampfenergie und den Organisationsaufbau der Betrieben, nicht aber durch ein anderes Kampfprinzip unterscheiden, bleiben vollkommen in den reformistischen Illusionen des Kampfes um „bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen" stecken.

Kaum hat der Kampf seinen vorläufigen Höhepunkt erreicht und schon beginnen die Gewerkschaften zum Rückzug zu blasen und alle eben bitter erkämpften Erfolge der Streikenden von vornherein zunichte zu machen. Aus Washington wird gemeldet, daß Präsident Harding es bei den Bergarbeitergewerkschaften und Zechenunternehmern durchgesetzt hat, daß ein sog. Schiedsgericht eingesetzt wird, und daß außerdem zwischen dem Direktor der Pennsylvania-Eisenbahn-Gesellschaft und den Gewerkschaften eine Vereinbarung getroffen sei, wonach die Werkstättenarbeiter, insges. 40 000, die Arbeit wieder aufnehmen. Es ist kein Zweifel, daß die Gewerkschaften diesen Riesenkampf zwischen Kapital und Arbeit mit einer völligen Niederlage der amerikanischen Arbeiter beenden werden.

Denn diese großen Kämpfe in Nordamerika gleichen in ihrem Ursprung, ihrer Einleitung und ihrer gesamten Abwicklung getreu den vor genau einem Jahre in England durchgekämpften Streiks der englischen Arbeiter gegen den von den Unternehmern geplanten Lohnabbau, deren Resultat schließlich der völlige Sieg der Unternehmer in der Form einer Lohnherabsetzung von ca. 30 Prozent bei 6 000 000 Arbeitern war.

Jedenfalls beweist nicht nur das Ergebnis des englischen Kampfes, sondern vor allem bereits jetzt der Verlauf des nordamerikanischen Kampfes, daß die Gewerkschaften mitsamt all ihren Zielen, ihrer Kampfmittel und ihrer Organisationsform völlig durch den gesellschaftlichen Prozeß überholte und daher konterrevolutionäre Gebilde sind, ja, daß überhaupt auch der Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen innerhalb des Kapitalismus in dem jetzigen Stadium der kapitalistischen Todeskrisis eine Utopie ist. Das amerikanische Proletariat wird sicherlich aus seinen jetzigen Kämpfen, ebenso wie im Vorjahre eine große Zahl englischer Arbeiter erkennen, daß heute nur der Kampf mit den Zielen und Waffen der Kommunistischen Arbeiter-Internationale, der revolutionär-proletarische Klassenkampf um das Klassenziel der gänzlichen Aufhebung des Privateigentums und der Uebernahme der Betriebe durch die Arbeiterklasse!

Einladung zum 2. Kongreß der K. A. I.

Auf Grund der Beschlüsse des 1. Kongresses der K.A.I. und auf Anregung des Parteitages der K.A.P. Deutschlands wird der

2. Kongreß der kommunistischen Arbeiter-Internationale

einberufen auf den 27. August.

Alle Anträge etc. bitten wir umgehend einzusenden, damit sie noch rechtzeitig veröffentlicht werden können.

Als provisorische Tagesordnung wird vorgeschlagen:

1. Bericht der Exekutive
   a) Berichte der angeschlossenen Parteien
   b) Die Spaltung in der bulgarischen Partei
2. Die wirtschaftspolitische Lage. — Das Kapital in der Todeskrise
3. Die Klassenlage des Proletariats in der Periode nach dem Weltkrieg
4. Die Resultate der Entwicklung in Rußland
5. Die Organisationsformen des Proletariats im Klassenkampf (Von den Gewerkschaften bis zur revolutionären Betriebsorganisation)
6. Die Jugend im Rahmen der K.-A.-Parteien
7. Die organisatorischen Fragen der K.A.I.
8. Beschlußfassung über die Leitsätze des Kongresses.

Proletarier!

Die Krise des Kapitals hat seit dem 1. Kongreß einen gewaltigen Schritt vorwärts gemacht. Diente der 1. Kongreß der K.A.I. im wesentlichen der theoretischen Grundlegung und endgültigen Aufrichtung des internationalen proletarischen Klassenkampfgedankens gegenüber der im Entstehen begriffenen Einheitsfront von Stinnes bis Lenin, so hat der 2. Kongreß unter klarer Abschätzung der Klassenlage des Proletariats wie seiner eigenen Kraft heranzugehen an die Praxis dieses Kampfes, der Sieg oder Untergang bedeutet für die proletarische Klasse.

Blechmusik.

Bald vorbei ist die Musike,
Doch schon naht ein neuer Musikant!

Der Sozialdemokrat und Bizechefredakteur des Stinnesorgans „Deutsche Allgemeine Zeitung", Paul Lensch, hat das Wörtlein „Blechmusik" dem politischen Zeitgedichtbuch zugeeignet. Und er hat gut daran, hat er doch damit Richtiges mit Richtigem gekennzeichnet: Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, auch genannt: Bannerträgerin des revolutionären Sozialismus.

Fürwahr: Die U.S.P.D., ein Gelegenheitsprodukt des Krieges, entstanden in reiner Reaktion zum Social-Patriotismus, konnte nur, nein, mußte sein ein Konglomerat buntester politischer Schattierungen. Kleinbürgerliche Pazifisten — revolutionäre Antimilitaristen; konsequente Revisionisten wie Bernstein — Ultra-Radikale wie Ledebour; ausgezeichnetste Opportunisten — „prinzipielle" oder auch zweifelige Antiparlamentarier; das alles zusammen und ineinander hieß 1917—1918: U.S.P.D.

Mit der Novemberrevolte vollzog sich die Loslösung des Spartakusbundes von der „Unabhängigen", seine Konstituierung zur Kommunistischen Partei. Sie ermöglichte nicht nur festeren Zusammenschluß der revolutionären Klassenkämpfer, sie rüttelte diese Sumpf von den Hacken und Zehen, entledigte sie opportuner Bremsklötze, und die Hauptsache: Sie hielt diese allein.

Das für die junge Kommunistische Partei harte Leben begann: Jahr 1919; unterdrückt, verfolgen nie, waren ihrer Propaganda engste Grenzen gezogen, der Ruf nach prinzipiell-revolutionärem Klassenkampf drohte mit ihr zu ersticken. Nur in solcher Situation war es möglich, daß das vollkommen legale U.S.P.-Gebilde als revolutionäre Partei betrachtet und zur „Partei des arbeitenden Volkes" erwachsen konnte. Das alles aber nur dank ihrer revolutionären Ideologie, ihrer Blechmusik: Einerseits — andererseits: nun Sozialismus bringt Demokratie, aber — erst her mit der Nationalversammlung; proletarische Klassendiktatur, aber — Verankerung des Rätesystems in die Verfassung, der bürgerlichen Republik; nicht Beseitigung von Personen, sondern Beseitigung des kapitalistischen Systems, aber — Aufwendung aller Energien zum „Kampf" um Ministerien und Minister! Solche Melodie konnte jeder vertragen, aber auch jeder selbst singen, so er doch Lust hatte; solche „Politik" in Allgemeinplätzlichkeiten, ohne jede grundsätzliche Linie, konnte nur die gemeinsame Plattform all derer sein, die eindeutiger Entscheidung ausweichen und lebendige Auseinandersetzung scheuten. Was Wunder, wenn in solchem Gebilde 3—4 „Richtungen" mit je 2—3 Untergruppen ihr Leben fristeten? Wenn instinktiven Verlangen der Massen nach „Einigkeit" Rechnung tragend, nurden die offenkundigsten Gegensätze verschleiert; denn jeder Versuch, nachträglich der Partei einige eindeutige Prinzipien eigen zu machen, hätte sie in 3 bis 4 Teile zerschlagen müssen.

Nach den Stürmen des November kam etwas Ruhe ins politische Leben; eine Ruhe, die revolutionäre Phrasen von selbst richtete und positives Schaffen erforderte. Entäuschte wandten sich die auf Grund revolutionärer Redensarten gesammelten Proletarier vom „Bannerträger" ab, um zur Moskauer Kirche zu ziehen, die ihnen die ganz Bequemlichkeit, aber revolutionärere Aktionen versprochen. Der durch dauernde Ueberdrückung von Gegenkräften gehinderte Klärungsprozeß durchbrach in Halle eines seiner Nonvenile, um sich notwendig auf die „Vereinigte" zu übertragen. Aber „Zentrum" und „Rechte", Crispien-Ledebour, Dittmann und Hilferding-Kautsky schworen: „Die U.S.P.D. bleibt; und sie ist gestiefelte und gespornte: Mitmachsch. Die bisherige „Linke" unter Däumig hatte sich K.P.-Mitgliedsbücher besorgt, an ihre Stelle trat Ledebour, „Zentrum" nimmt Dittmann und als Rechte blieb, wer es früher war, Breitscheid-Hilferding. Nur Kautsky hatte die neue Position „äußerste" Rechte bezogen. So war es wenigstens bis vor ganz kurzer Zeit, als es um die Besetzung der „Freiheit"-Redaktion unter der Devise: „Die Kräfteschaffter Hilferding, die Propagandist Dittmann" scharf hergegangen sein soll.

Die geistige Entwicklung der U.S.P.D., oder besser die Kräfteverschiebungen ihrer Richtungen lassen sich schwerlich in bestimmte Etappen gliedern. Doch um den Entwicklungsgrad zu erkennen, denke man an ihren 1919er März- und Dezember-Parteitag und lese dann folgendes:

„Wir verlangen keine Rätegerichte, aber wir fordern, daß das Gesetz mit aller Schärfe und unnachsichtig gegen diejenigen angewendet wird, die die neue, die bestehende Staatsform bekämpfen. Von entscheidender Bedeutung ist daher und die Besetzung des einzusetzenden Staatsgerichtshofes. Wir verlangen nicht, daß seine Richter unbedingt Sozialisten sein müssen, aber die Richter müssen fest und unerschütterlich auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie stehen."

Das ist die letzte offizielle Auslassung der Unabhängigen Reichstags-Fraktion anläßlich der dritten Lesung und Am-

Die Kommunistische Arbeiter-Jugend muß zeigen, daß sie den Klassenkampf und seine Notwendigkeiten begriffen hat, daß sie nur um die Klasseninteressen des Proletariats kämpfen kann, wenn sie die Sammlung der Jugend will. Alle anderen Bestrebungen sind nichts gegen diese historische Klassenkampf-Notwendigkeit. Die Kommunistische Arbeiter-Jugend, die ein Stück der Kommunistischen Arbeiter-Partei sind, muß sich gleichzeitig bemühen, „Thesen zur Jugendfrage" zur Kenntnis Sie entwickeln die Stellung der Partei zu den Beschlüssen unserer letzten Oberschlesischen Konferenz und den Bericht über das Referat: „Die proletarische Jugend im Klassenkampf" auf dem Parteitag in Nr. 9 der „Kommunistischen Arbeiter-Zeitung". Genossen, prüft alles gründlich, bevor Ihr entscheidet!

Thesen zur Jugendfrage.

In Potsdam benannt wir unseren Genossen die nach einem Arbeiter-Parlament, der „Kommunistischen Arbeiter-Partei" in Hannover einstimmig angenommenen „Thesen zur Jugendfrage" zur Kenntnis. Sie entwickeln die Stellung der Partei zu den Beschlüssen unserer letzten Oberschlesischen Konferenz und den Bericht über das Referat: „Die proletarische Jugend im Klassenkampf" auf dem Parteitag in Nr. 9 der „Kommunistischen Arbeiter-Zeitung". Genossen, prüft alles gründlich, bevor Ihr entscheidet!

Thesen zur Jugendfrage.

Die rücksichtslose Ausbeutung und Verwahrlosung der Jugend Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts schuf für diese eine höchst unerträgliche Lage. (Siehe Lehrlings-Wesen und Zum Kampf gegen diese betrieben die Jugendlichen „Arbeiterjugendorganisationen".

Die Parteien der Erwachsenen standen damals denen ihrer jungen Klassengenossen gleichgültig gegenüber, ja nahmen zuweilen eine ihnen feindliche Haltung ein.

Organisatorisch, Auswirkung und marxistisch-revolutionäre Durchdringung jeder die Jugendorganisationen zum selbstständigen Handeln zwingen. Die Jugendorganisationen sind bereits reformistischen Einflüssen erlegenen Parteien. In Deutschland ist das Aufkommen selbständiger revolutionärer Organisationen unter dem Einfluß der sie mit allen Mitteln zu bekämpfen suchten.

Während es ihnen z. B. in Deutschland mit Hilfe des 1908 „Vereinsgesetz" unter Verbot von politischen Organisationen Halbwüchsiger" unter Verbot von politischen Organisationen Halbwüchsiger" unter Verbot von politischen Organisationen Halbwüchsiger

nahme des „Gesetzes zum Schutze der Republik", und ihr Verkünder war Dr. Paul Levi!

Doch solch ein Kampf für den Schutz der Republik erfordert Opfer; so auch von der U.S.P.D. Sie glaubte nämlich, zum wirksamern Schutz in die bestehende Regierungskoalition eintreten zu müssen, worauf die Demokraten den sofortigen Eintritt der Stinnes-„Volks"-Partei verlangten, also Koalition der Unabhängigen mit Stinnes. Das ging natürlich nicht so schnell und direkt zu machen, hatte man doch tags zuvor den „Abhängigen" in Sachen „Görlitz" dieses zum Vorwurf gemacht! Man wählte also den Weg der Diplomatie, um der Sachgasse zu entrinnen: Die Bildung einer „Arbeitsgemeinschaft" der sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen. Das allerdings über den Umweg „Arbeitsgemeinschaft" die U.S.P.D. durch die Vertreter ihrer größeren Schwester in der Regierung mit vertreten ist, weiß der einfältige Parlamentarier — aber das ist eben eine andere Sache —!

Aber noch ist Hopfen und Malz nicht verloren,

„Es ist anzunehmen, daß im Herbst, wenn die Parlamentsmühlen wiederum ihr köstliches und so sauberes Mehl zu mahlen beginnen, die Situation reif sein wird, und daß dann auch von der linken Seite aus der Einspruch gegen den Eintritt der Deutschen Volkspartei (in die Regierung) aufgegeben sein mag."

meinte Lensch im Stinnesblatt hoffnungsvoll. Hat er doch die Triebkräfte der geistigen Wendung der Arbeiterbewegung erkannt, er schreibt in einem anderen „V.R.Z."-Artikel:

„Das altdeutsche Sprichwort: „Die Großmäuler gehören aufs Rathaus!" hat einen guten Sinn. Es gibt keine sicherer und schneller wirkende Methode, die ewigen Besserwisser zum Schweigen zu bringen, als der Zwang zur positiven Arbeit. Es war einer der verhängnisvollsten Fehler des alten Systems, daß man die Vertreter der Arbeiterklasse anfangs gar nicht und dann viel zu spät und viel zu mangelhaft zur verantwortlichen Mitarbeit heranzuziehen verstand. Aus diesem Fehler sollte man wirklich gelernt haben. Wenn jetzt die Unabhängige Sozialdemokratie sich zur Mitarbeit bereit erklärt, so hat sie damit einen Schritt getan, der ihr als Partei nicht leicht gefallen sein kann, und der sicherlich in ihren eigenen Reihen auf erbitterten Widerstand gestoßen ist. Denn im Grunde gibt die Partei damit den letzten Schimmer ihrer schon längst fragwürdigen Existenzberechtigung auf. Was sie nun noch von der Sozialdemokratie unterscheidet, ist lediglich ein bißchen andere Phraseologie. Tritt die U.S.P. wirklich in das Kabinett ein, so übernimmt sie damit, mag sie noch so viel Vorbehalte machen, die Verantwortung mit für die Reichspolitik. Dann kann aber überhaupt erst der große Erziehungsprozeß zum nüchternen politischen Denken bei den Anhängern dieser Partei beginnen. Je später dieser Augenblick hinausgeschoben wird, desto unerwünschter. Wir haben ja ein entsprechendes Beispiel schon an der Mehrheitssozialdemokratie gehabt.

Die sozialen und wirtschaftlichen Katastrophen werden in den nächsten Monaten an Gefährlichkeit nichts einbüßen. Die wahnsinnige Teuerung wird ebenfalls nicht über Nacht verschwinden. Der Winter wird hart werden. In einer solchen Situation ist es nicht gleichgültig, wie stark der in absoluter Opposition stehende Flügel der Arbeiterbewegung ist. Jedenfalls haben wir gar kein Interesse daran, durch eine fragwürdige parlamentarische Taktik den Radikalisierungsprozeß der deutschen Arbeiterwelt zu verstärken. Dazu kommt noch, daß die in Betracht kommenden unabhängigen Politiker Breitscheid und Hilferding oder einer von ihnen wirklich nicht die Persönlichkeiten sind, um irgendwelchen besonderen Einfluß auf die Gesamtpolitik des Kabinetts auszuüben."

Solche Triebkräfte führen aber auch lotsicher zu anderem, nachdem der Abschluß der Arbeitsgemeinschaft die Richtung angezeigt. Lensch weiß:

„Daß es möglich ist, daß die „Arbeitsgemeinschaft" schon im Herbst im Anschluß an die Parteitage der S.P.D. und U.S.P. sich zu einer Fraktionsgemeinschaft verdichtet. Ueber die Gründe, die zu dieser Einigung führen, wäre mancherlei (das oben erwähnte) zu sagen; hier wollen wir nur auf einige materielle, nüchterne Tatsachen hinweisen. Wie in früheren Zeiten das Moralische sich von selber verstand, so in jetzigen der Dalles. Die Unabhängige Sozialdemokratie ist in schwerer finanzieller Zerrüttung und kaum imstande, ihren Parteikörper mit den vielen Angestellten, Redakteuren, Druckereien, Zeitungen, die alle Geld kosten und wenig einbringen, noch weiter zu schleppen. Ihr Anschluß an die größere Schwester vollzieht sich also unter Umständen, die ihr baldiges völliges Verschwinden in Aussicht stellen."

Und er wird Recht behalten. Bald wird die Blechmusik der U.S.P.D. im deutschen Blätterwald verstummen und damit vielen Proletariern Illusionen genommen werden, die Entscheidung Klassenkampf oder Klassenausgleich, Revolution oder Sozialdemokratismus wird brutaler aber einfacher sein! Damit ist der proletarischen Sache zwar Gutes angetan, aber besser wäre, wenn die Entscheidung zwischen den beiden Polen der Arbeiterbewegung Revolution — Reform keine Zweideutigkeiten oder „goldene" Mittelwege mehr übrigließe! Aber erst wenn, wenn der neue Blechmusikant, „Kommunistische Partei", seine Zeit abgespielt, wird die Epoche der Halbheiten für die Proletarier vorbei sein, werden sie eindeutig Farbe bekennen müssen!

Doch wer weiß, ob es dann nicht zu spät sein wird?!

Falsche Freunde von Max Hölz.

Die Zentrale der K.P.D. trägt in einem Aufruf an das Proletariat: „Wo bleibt die Freilassung von Max Hölz?" und im Reichstag hebt ihr Redner mit gewichtiger Betonung hervor: „Auch Max Hölz muß unbedingt amnestiert werden!" Auch? Oh er wohl mit dem Wörtchen „auch" bekennen wollte, daß die „Kommunistische" Partei seinergzeit Max Hölz als degenerierten Verbrecher denunzierte; dem zum Unterschiede aber heute wirklich gewillt ist, für ihren Klassengenossen zu handeln? Aber hat die sich so revolutionär gebärdende K.P.D. jemals ernsthaft an die Erfüllung ihrer Worte gedacht, geschweige denn etwas getan, sie wahr zu machen? Schamlos ruft sie dem heute ohnehin schon verwirrten Proletariat zu, Amnestie für die proletarischen Inhaftierten zu fordern, als wenn die Justiz dieser Geldschrankrepublik den Revolutionären proletarischer Gerechtigkeit widerfahren lassen könnte! Nur Schüblinge dieser Republik können mit so illusionären Forderungen Kampf auftischen!

Ende Januar d. J. wurde Max Hölz auf Vorschlag unserer K.A.P.-Genossin in Rußland als Ehrenmitglied in das Moskauer Sowjet gewählt. Der „Iswestja" vom 31. 1. 1922 entnehmen wir aus einem an das Volkskomm. des Aeußeren gerichteten Brief folgendes:

„Genosse Tschitscherin! — Mit diesem berichte ich, daß die von einigen Tausend Sowjetarbeitern besuchte Vereinigte Versammlung von 13 Sowjetbehörden einstimmig als Ehrenmitglied in das Moskauer Sowjet der Arbeiter- und Bauern-Deputate Max Hölz gewählt hat, der von der deutschen Bourgeoisie wegen seiner Teilnahme am Kampfe für die Interessen des Welt- und deutschen Proletariats zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt ist. Jetzt schmachtet Hölz unter den schrecklichsten Verhältnissen in der Folterkammer des deutschen Kerkers und leidet. Im Bericht der neun hier angekommenen deutschen Genossen unmenschliche Qualen.

Im Auftrage der Wahlversammlung und im Namen der Moskauer Sowjetarbeiter bitte ich Sie, Gen. Tschitscherin, auf diplomatischem Wege sich mit der deutschen Regierung in Verbindung zu setzen, um Max Hölz, die die gegenüber angewandte, besonders scharfe Zuchthausordnung zu erleichtern und ihn zu befreien, damit er die seine Obliegenheiten als Deputiert erfüllen kann."

So mußten die russischen Arbeiter die von der deutschen Bourgeoisiejustiz verhängten Strafen als Ehrenstrafen würdigen.

Und was tat Tschitscherin für Max Hölz? Er legte den Brief zu den Akten. — Als dann in der Plenumsitzung des Mosk. Sowjets die Wahl aller Deputaten bestätigt wurde, ließen er und Kamenew sich über den Verlauf der übrigen Ehrenmitglieder ausführlich und eingehend aus, aber riefen nicht einmal Max Hölz's Namen auf! Unsere K.A.P.-Genossen legten gegen diese Schmach Protest ein und verlangten das Wort. Dasselbe wurde verweigert. Mit einigen paar trockenen Sätzen, die aller Beschreibung spotteten, ließ sich Kamenew veranlaßt, in seinem Schlußwort Max Hölz zu erwähnen, der „verschentlich" vordem nicht mit aufgeführt worden wäre. Offensichtlicher konnte man wirklich seine Antipathie gegen Hölz nicht zur Schau tragen!

Was tat die K.P.D.?

Sie verweigerte jede Popularisierung Hölz's mit der Begründung, daß sie gewetzt sei. Ihre beiden Organe „Pravda" und „Iswestja" setzten die schon während des dritten Kongresses geübte Sabotage an Hölz weiter fort und lehnten alle Artikel ab, die z. B. Max Hölz als Angeklagten vor dem bürgerlichen Gericht charakterisierten, rundweg ab!

Was tat die Dritte Internationale? Sie feierte Oktober für ihren Ehrenvorsitzenden auf dem 3. Kongreß, der durch allerlei Mäschen und Stimmungsmache ebenfalls ins Moskauer Sowjet gewählt wurde, Brandler brauchte ja auch in Moskau zur Aufbesserung seines Rufes bitter notwendig einen Titel!) und vergaß darob unseren ehrlichen Kämpfer Max Hölz!

Was tat die deutsche Sektion der Dritten Internationale? Auch sie verschwieg die ihr auf ganz sicherem Wege zugestellte Nachricht der Wahl von Hölz. Sie stand ja im Zeichen von Genua und wußte nicht, wie sie sich ohne offenbare Kompromittierung auf der einen Seite dem Kapital anempfehlen und auf der anderen Seite für den vorbildlichsten Verbrecher am Kapitalismus eintreten sollte. Der bewährte Inspirator der K.P.D., Radek, äußerte sich später auf die Frage einer K.A.P.-Genossin hin, wieso man nicht wenigstens versucht hätte, etwas für Hölz zu tun: „Ich konnte mir den Bauch halten! — Ueberhaupt wäre es eine politische Kinderei, solche Versuche anzustellen."

Und heute ist es keine politische Kinderei, verlogene Parolen K.P.D. Nicht durch Amnestiegesetze, sondern unrücksichtslosen Ringen für das Klassenziel des Proletariats werden sich die Gefängnistore öffnen! Nur ihr selbst, Arbeiter, könnt eure Klassengenossen befreien!

Die weinenden Erben.

von Rosa Luxemburg.

Die nachstehenden Sätze schrieb Rosa Luxemburg für die „Rote Fahne" vom 4. Dezember 1918. Jeder Satz bedeutet eine Anklage, jeder Satz eine Verpflichtung, jeder Satz eine Mahnung! Niemals waren die Sätze aktueller als heute.

Die proletarische Weltrevolution, deren Geburtswehen wir erst in Rußland und nun in Deutschland erlebt haben, kommt zur Welt mit dem Fluche der Erbschaft beladen: es ist ein Wust von Rechnungen von gestern, der ihr von der bürgerlichen Gesellschaft in die Wiege gelegt wird.

Das eine Erbstück, das ist der Zusammenbruch des sozialen und politischen Systems der Bourgeoisie. Die herrschenden Klassen treten seit jeher gern das Steuer ab, wenn sie mit ihrer Regierungskunst am Ende des Lateins angelangt sind und Geister genusen haben, die sie nicht zu bannen vermögen. So flüchtete auch die Abenteurergesellschaft, die unter dem kleinen Napoleon Frankreich ruiniert und in den Abgrund des Krieges mit Preußen hinabgestoßen hatte, mit Sack und Pack, mit ihren Lakaien und Bankiers, ihren Kokotten und ihrer goldenen Jugend nach Versailles und überließ dem Pariser Proletariat die verhaßte Hauptstadt, den Feind vor den Toren und den Hunger innerhalb der Tore.

So überläßt heute die deutsche Bourgeoisie willig die Liquidation ihres imperialistischen Bankrotts der Arbeiterklasse. Sie bändigt zumal gern die in hellloseste Verwirrung geratenen Bücher ihrer Schwindelunternehmungen den Ebert und Genossen aus, — ohne jede Scheu und mit festem Vertrauen, daß ihm Allerheiligsten: dem Hauptgeschäft, der kapitalistischen Ausbeutung von diesen neuen Jakobinern kein Leids geschehen werde.

Mitunter, der große Schwerkündige auf dem Gebiete der politischen Korruption, schrieb in einer seiner geheimen Noten an Ludwig XVI. vom 7. September 1790, worin er ihm vorschlug, Minister unter den Jakobinern zu wählen:

„Meiß denn nicht Jedermann, daß der Posten eines Ministers seinen Inhaber vom Grund aus umwandelt und daß Jakobiner als Minister keine jakobinischen Minister wären?"

Die deutsche Bourgeoisie hat es bequemer, als der Bourbone: Lare „Jakobiner" brauchen sich nicht von Grund aus, sie brauchen sich überhaupt nicht zu wandeln. Just so wie sie aus der Führerschule der deutschen Sozialdemokratie und aus dem geschulteten Examen des Weltkrieges hervorgegangen, mit Haut und Haar, sind sie für die Rolle reif, die man ihnen übertragen.

Die eine Erbschaft, mit der die proletarische Revolution wie mit einer Fußangel von der bürgerlichen Gesellschaft beschwert ist, das ist also der Zusammenbruch des imperialistischen Staates mit dem militärischen Debacle, dem finanziellen Bankrott, dem wirtschaftlichen Ruin, dem Chaos der Demobilmachung, dem grauen Elend der Arbeitslosigkeit, dem Gespenst des Hungers.

Die andere Erbschaft, die wie ein Fluch auf der deutschen Revolution lastet, das ist das vergangene Vierteljahrhundert deutscher Sozialdemokratie und Gewerkschaften. In die früheren Revolutionen traten die Massen wie Kinder vor den Christbaum mit naiven Illusionen und fabelhaften Erwartungen eines Wunders. Republik, politische Gleichheit, „Recht auf Arbeit", „Organisation der Arbeit" sollten die Wunder heißen. Aber dieselben Arbeiter traten in den Kampf auch mit freien Händen, mit der ganzen Geistesfrische, unverbrauchten Energie, spontanen Schöpferkraft, genialen Improvisationsgabe der unverdorbenen Volksmasse, dieses Urelements und sprudelnden Borns der Weltgeschichte.

Die heutige deutsche Arbeiterschaft schleppt sich in Banden verdorbener Begriffe, Worte und Formeln, geistig gelähmt durch die fortwuchernde Schule der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsführer, von deren Baume der Erkenntnis sie gegessen. An die dreißig Jahre lang hat man ihr „Organisation", „Disziplin" und „Ordnung" als Selbstzweck eingerichtet mit dem Ergebnis, daß sie im Namen der Ordnung und Disziplin die proletarische Revolution in Finnland, Rußland, der Ukraine ertrosseln half. Man hat ihr solange den Buchstaben des Erfurter Programms eingepaukt bis sie heute ruhig zusieht, wie Kapital, Ausbeutung und Klassenherrschaft im Namen des Erfurter Programms vor der sozialistischen Revolution gerettet werden.

Ganz Europa lächelte über die spießerhafte Biederkeit der Pariser Kommunekämpfer, die, als sie die Macht in der verlassenen Hauptstadt ergriffen, nichts Eiligeres fanden, als bewaffnete Patrouillen vor die Staatsbank von Frankreich zu stellen und vor dem zentralen Kassenschrank der gesläuterten Bourgeoisie auch in deren Abwesenheit, nur ein lucrer Bedienter, hungernd und frierend Schildwach zu stehen.

Heute stehen die Bevollmächtigten der deutschen Revolution, die Ebert und Genossen vor dem kapitalistischen Eigentum Schildwach und donnern wachsam ihr grimmiges „Halt da!" jeder sozialistischen Klassenregung des Proletariats entgegen. Aber das Lächeln erstarrt einem dabei auf den Lippen. Denn im Jahre 1871 war die politische Macht für das Proletariat ein Damoclesschwert, mit dem der beste Wille nichts Bleibendes schaffen konnte und zu dessen Anhebung nichts als Verzweiflung gehörte. Heute ist die politische Macht des Proletariats ein historischer Rechtstitel und eine unabweisbare Pflicht.

Der Tote packt den Lebenden mit beiden Armen. Die bürgerliche Gesellschaft, deren Stunde auf der großen Uhr der Geschichte geschlagen hat, fristet heute ihr Dasein nur noch von dem sozialen Chaos, das sie dem Proletariat vermacht, und von der geistigen Korruption, die ihm die Scheidemannische Sozialdemokratie hinterlassen hat.

So ist eine ganze geistige Revolution in den deutschen Arbeiterklassen nötig, um sie von dem Gestern zu befreien und für das Morgen reif zu machen. Der berühmte Engelssche Sprung aus dem Tierreich ins Reich der geistigen Freiheit muß erst vollzogen werden, wenn sich die deutsche Arbeiterklasse — wie es sich gebührt — an die Spitze der sozialistischen Weltrevolution stellen soll.

Die Scheidemann-Ebert dennunzieren uns systematisch, wir wollen durch einen Handstreich, durch Terrorisierung der Volksmassen um jeden Preis die Macht an reißen. Niemand kann aus seiner Haut heraus. Die politischen Streber beurteilen uns nach sich: selbst sie wähnen, wir lauern nur darauf, zur Macht zu gelangen.

Wir haben es verschmäht, die Macht mit ihnen, mit der politischen Halbheit, zu teilen. Wir würden es ebenso verschmähen, die Macht mit den unabhängigen Teilhabern der Firma Scheidemann zu teilen, nur weil die Kompagnons etwas unterscheinender handelsmäßig geworden: sie zu retten, ehe die übergroße Masse des Proletariats bewußt und zielklar die traurige Erbschaft der sozialdemokratischen Korruption abgestreift hat. Für uns ist die Macht so wenig Frage des Handstreichs auf der Straße wie der „Kombination" hinter der Kulisse. Sie kann nur ein historischer Akt sein: der Beginn der Befreiung der Arbeiterklasse durch das bewußte Werk der Arbeiterklasse selbst.

Jedenfalls, die geschichtliche Dialektik sorgt dafür, daß ihrer Gesetze nicht gespottet werde. Den Bankrott des imperialistischen Staates zu ordnen, ohne den Staat selbst zu liquidieren, den Augiasstall dieses Weltkrieges auszumisten, ohne seine sozialen Fundamente niederzubrechen: das überfleigt die Kräfte auch des Herkules, geschweige des tragikomischen Zwillingspaares, das heute am Ruder ist. Die Unlösbarkeit der Aufgabe selbst, an der sich Ebert mit Haase abmühen, bürgt dafür, daß ihre Epoche nur eine Episode der deutschen Revolution bleibt.

So mag denn das Lessingsche Wort ruhig für heute seine Geltung weiter behalten: wie es sie gestern hatte: jedes Volk hat die Regierung, die es verdient!

3. Außerordentlicher Parteitag in Hannover.

(Schluß).

Nach ausgiebiger Diskussion, an der sich u. a. noch die Gen. S-Spandau-Osthavelland, F-Braunschweig, Ostdeutschland, M. (R.M.M. der K.A.J.), G-Hohenstein (Ostdeutschland), K. (G.H.A.) beteiligten, deren Ausführungen im wesentlichen mit der im Referat entwickelten Auffassung übereinstimmen, werden die vorgelegten Richtlinien zur Jugendfrage einstimmig angenommen; die Thesen sind abgedruckt in der Jugendbeilage der vorigen „R.M.Z."

4. Partei und Union.

Auf allseitigen Wunsch der Delegierten wurde von einem Referat und einer Diskussion über diesen Punkt Abstand genommen. Die Meinung sämtlicher Delegierten ging dahin, daß über die Taktik der Partei und Union im Reiche keinerlei Unsicherheiten und Unklarheiten bei den sich zur K.A.P.D. bekennenden Genossen bestehen. Die Beibehaltung allen im Programm gegebenen Taktik sei ja eben der Grund und die Veranlassung des noch festeren Zusammenschlusses aller K.A.P.D.-Genossen und der dadurch bedingten vorläufigen Absonderung von Leuten gewesen, die aus Kommen unklarer Einstellung und vollkommener Unkenntnis der Bedingungen des proletarischen Klassenkampfes zur K.A.P.D. gestoßen seien. Da ein Referat nur einer Wiederholung des allen Genossen längst in Fleisch und Blut übergangenen Grundgedankens der K.A.P.D. und der A.A.U. hätte sein können, wird beantragt, die sofortige Abstimmung über die „Richtlinien zur Taktik der Parteiund Union in der augenblicklichen Phase des Klassenkampfes" vorzunehmen.

Die Abstimmung ergibt einstimmige Annahme.

Im Teil 8 (Kampfmittel) der Richtlinien wurde „systematische Sabotage" geändert in „planmäßige Sabotage". Sonstige Aenderungen wurden nicht vorgenommen.

5. B.V.U.K.

Gen. A.-Berlin: Auf der letzten Zentralausschußsitzung der Partei am 9. April wurde der Bezirk Großberlin beauftragt, in der B.V.U.K.-Frage mit der Berliner Leitung Verbindung aufzunehmen. So notwendig sich im Interesse der Reinerhaltung unserer Prinzipien die Mitarbeit dieses reformistischen Teils von der Partei erwiesen hat, wollten wir es jedoch vermeiden, in der B.V.U.K.-Angelegenheit eine Spaltung eintreten zu lassen, in der selbstverständlichen Annahme, daß über alle tiefgehenden prinzipiellen Gegensätze hinweg das gemeinsame Interesse an so überaus notwendigen und unausschiebbaren Unternehmungen unserer (gemeinsamen) revolutionären Opfer auch Zukunft ein einheitliches Zusammengehen möglich mache. Wir hatten die Rechnung ohne die ehemalige Berliner Opposition A. G. gemacht. Mit einer geradezu an Zynismus grenzenden Unverschämtheit wurde uns, nachdem wir längere Zeit ohne jede Antwort auf unsere diesbezüglichen Schreiben blieben von dieser geantwortet: „Sie verbandete mit Organisationen, und da sie uns als außerhalb der S.P.D. stehende Einzelmenschen betrachte, müßten sie jedes Zusammengehen mit uns ablehnen". Infolge dieses abschlägigen Bescheides der „Berliner", der für sich selbst spricht, wird wir unverzüglich den Neuaufbau des Unterstützungswerkes in Angriff nehmen, um keinerlei Verzögerung in der Unterstützung unserer revolutionären Opfer eintreten zu lassen.

In der anschließenden Diskussion vertreten sämtliche Redner den Standpunkt, daß die B.V.U.K.-Angelegenheit bisher nur zentral geregelt werden könne, entgegen der Auffassung Groß-Thüringens, das insofe eines an die bisherige Berliner B.V.U.K.-Zentrale abgeliefertes und nicht unbedeutendes Betrages von nicht unbedeutender Höhe den Protest einer zentralen Regelung mißtrauisch gegenübertreibt. Es ingesichts auf Anfrage aus Bitterfeld eingetroffenes Telegramm, wo zu gleicher Zeit die Reichskonferenz der Allgemeinen Arbeiter-Union tagt, gibt die dortige Annahme des Antrages Groß-Thüringens bekannt. Da nur gemeinsam mit der A.A.U. der Wiederaufbau der B.V.U.K. vorgenommen werden kann, mußte der Parteitag von einer Beschlußfassung im Sinne einer zentralen Regelung absehen

Der auf der Reichskonferenz der A.A.U. angenommene Antrag Groß-Thüringens lautet:

„Die Unterstützungstrage ist den einzelnen Bezirken zu überlassen. Es ist eine zentrale Informationsstelle zu schaffen, die dem Reichswirtschaftsrat der Union und dem geschäftsführenden Haupt-Ausschuß der Partei unterstellt. Die A.A.U. und G.H.A. haben für eine schnelle Orientierung der einzelnen Bezirke (untereinander) die nötige Vorarbeit zu leisten, die vorerst darin besteht, daß sie die ihm zu überweisenden Adressen der Bezirksunterstützungskommissionen gesammelt den einzelnen Wirtschaftsbezirken zuteilt. Die Bezirke treten dann bei notwendig werdender gegenseitiger Unterstützung miteinander in Verbindung."

6. Organisatorisches.

Zu diesem Punkte lagen den Parteitage zwei Entwürfe zur Organisationsstatut vor, und zwar ein vom geschäftsführenden Hauptausschuß (veröffentlicht in Nr. 3 der „K.A.Z."), und ein zweiter von der Berliner Organisation (veröffentlicht in Nr. 6 der „K.A.Z.").

Eine Abstimmung über Annahme des einen oder anderen Entwurfes mußte vorläufig unterbleiben, da der Berliner Entwurf infolge der bisherigen finanziellen Schwierigkeiten des regelmäßigen Erscheinens der „K.A.Z." erst vor zum Abdruck gelangen konnte, und die Möglichkeit der Stellungnahme der Mitgliedschaften zu diesem Entwurf vor dem Parteitage dadurch nicht gegeben war. Es wurde ein Beschluß gefaßt, den Wirtschaftsbezirken nochmals die Entwürfe zur Diskussion vorzulegen, und diesen zur Kenntnis gemacht, innerhalb kürzester Frist dem Geschäftsführenden Hauptausschuß das Ergebnis ihrer Stellungnahme zu beiden Entwürfen mitzuteilen. Die endgültige Fassung des Organisationsstatuts wird auf Grund der erfolgten Entscheidung der einzelnen Wirtschaftsbezirke in der „K.A.Z." veröffentlicht.

Bezüglich der Pflichtbeiträge wurde beschlossen, pro Monat und Mitglied 6 Mk. an den Geschäftsführenden Hauptausschuß als Pflichtbeitrag abzuführen, für Frauen und Jugendliche einen solchen von 3 Mk. pro Monat. Die Ausgabe von einheitlichen Beitragsmarken seitens des geschäftsführenden Hauptausschusses wird sofort ins Auge gefaßt werden, sobald neben den notwendigen anderen Ausgaben die Kassenverhältnisse es gestatten.

Weiterhin wurde ein Antrag angenommen, bis auf weiteres die Funktionen sämtlicher Mitglieder des Geschäftsführenden Hauptausschusses nur ehrenamtlich ausüben zu lassen, da die Partei infolge bedeutender Ausgaben für die notwendige Reorganisation augenblicklich nicht in der Lage ist, einen Genossen im G.H.A. für geleistete Arbeiten zu entschädigen.

Zur Pressefrage beschloß der Parteitag, aus Zweckmäßigkeits- und Billigkeitsgründen („KAZ", „Rote Jugend" und „Proletarier" sollen in einem Verlage erscheinen) die Druckerei der „KAZ" nach Berlin zu verlegen.

Zu den in Nr. 3 der „KAZ" veröffentlichten Richtlinien über Pressefragen wurde folgender Zusatzantrag „Rheinland-Westfalen angenommen:

„Die Redaktion und Geschäftsführung der „Kommunistischen Arbeiter-Zeitung" liegt in den Händen des Geschäftsführenden Hauptausschusses. Ihm zur Seite steht eine fünfgliedrige Pressekommission, die aus den Bezirken Berlin und Spandau-Osthavelland gebildet wird und dem Geschäftsführenden Hauptausschuß verantwortlich ist."

Nach einem eingehenden Bericht eines Mitgliedes des Geschäftsführenden Hauptausschusses über die organisatorische und politische Tätigkeit des G.H.A. Bericht aus den Bezirken. Alle Ausführungen der Delegierten stimmen darin überein, daß trotz der bedeutenden Geldmittel, die es den „Berlinern" erlaube, eine rege und über alle Maßen verbreitende und von den größten Unwahrheiten strotzenden Propagandatätigkeit zu entfalten, die Sammlung der Genossen gute Fortschritte mache. Weder ihr lächerliches Prahlen mit einem Mitgliederbestand, der nach ihren Angaben wundersamerweise größer sein muß, als die Gesamtpartei vor ihrem Hinauswurf zu verzeichnen hatte, noch die demagogischen Verleumdungen und Verdächtigungen, wobei ihr andauerndes Drohen mit der Polizei keine unbedeutende Rolle spielt, und die Ueberflutung des ganzen Landes mit Rednern könne nunmehr die kritisch überlegenden Genossen über die wirkliche Schäbigkeit der Berliner Neureformisten hinwegtäuschen. Ueberall herrsche noch den Berichten eine rege und angespannte Tätigkeit der Genossen, die Reorganisation der Partei so schnell wie möglich zum Abschluß zu bringen. Trotz der Wunden, die uns zugefügt worden sind, sind die Festigung der Wirtschaftsbezirke zu, und auch Ortsgruppen, deren Stellungnahme bisher abwägend und unklar war, beginnen, sich zu dem festen Gebilde der Wirtschaftsbezirke zurückzufinden. Die Periode der Wirrungen, die durch verzweifelte Renegaten hervorgerufen worden ist, kann als abgeschlossen gelten, und mit größerer Tatkraft kann sich die Partei wieder ihren alten Aufgaben zuwenden!

Nach Entgegennahme des Kassenberichts im Anschluß hieran wird auf Antrag der Revisionskommission dem Kassierer Entlastung erteilt.

Sodann wurde eine Neueinteilung der Wirtschaftsbezirke vorgenommen, indem kleinere Bezirke mit einem geringeren Mitgliederbestande zu einem größeren Verband zusammengefaßt wurden.

Die Wirtschaftsbezirke gliedern sich nach dieser Neueinteilung nunmehr folgendermaßen:

1. Wasserkante-West (Nord, Nordwest),
2. Wasserkante-Ost (Hannover, Ost- und Westpreußen),
3. Niedersachsen (Hannover, Braunschweig, Magdeburg, Hohenstein),
4. Berlin-Brandenburg (Berlin, Brandenburg-West und anschließende Bezirke),
5. Spandau-Osthavelland,
6. Schlesien (Ober- u. Niederschlesien, Niederlausitz),
7. Mitteldeutschland (Zusammenfassung wird auf einer gemeinsamen Bezirkskonferenz durch Mitteldeutschland getragen),
8. Südwest (Frankfurt a. M., Baden, Württemberg, Pfalz),
9. Süd (Bayern),
10. Rheinland-Westfalen (Rheinland, Westfalen, besetzte Zone).

Die zum Schluß vorgenommene Wahl zum G.H.A. ergab die Wiedermahl bezw. Bestätigung der bisherigen Mitglieder des Geschäftsführenden Hauptausschusses.

Zu vorgerückter Abendstunde wurde der Parteitag nach drei arbeitsreichen Tagen geschlossen.

Was ist die Republik?

„Die Allmacht des „Reichtums" ist in einer demokratischen Republik schon deshalb gesichterter, weil diese Allmacht nicht von der schlechten Hülle des kapitalismus abhängig ist. Die demokratische Republik ist die denkbar beste politische Umhüllung des Kapitalismus und daher begründet das Kapital, nachdem es (durch Vermittlung der Politschinkel, Tischernows, Zereteltis und Co.) von dieser besten Umhüllung Besitz ergriffen hat, seine Macht derart sicher und fest, daß kein Wechsel der Personen, Behörden oder Parteien diese Macht in der demokratischen Republik zu erschüttern vermag!"

(N. Lenin, Staat und Revolution, 1917.)

„Der Staat (jeglicher, darunter auch die allerdemokratischste Republik) ist nichts anderes als eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch die andere. Die Unentgeltlichkeit der bürgerlichen Maschine zur Unterdrückung des Proletariats, d. h. der bürgerlich-demokratischen Republik, zu erklären und zu verteidigen, das bedeutet tatsächlich, sich von dem ABC des Sozialismus loszusagen und in das Lager der Bourgeoisie überzugehen!"

(N. Lenin, „Die Helden der Berner Internationale, 1919).

Wer schützt die Republik?

An die Reichsregierung und den Reichstag!

Das Gesetz zum Schutz der Republik muß u. a. enthalten:

Sofortiges Verbot und strenge Bestrafung jeder antirepublikanischen Agitation in Wort, Bild und Schrift. Bestrafung auch derjenigen, die solche Agitation oder Angriffe auf die Republik und ihre Organe irgendwie verherrlichen, beloben oder begünstigen.

Verbot und sofortige Auflösung aller antirepublikanischen Verbindungen.

Bestrafung jedes Angriffs in Tat, Wort oder Schrift auf die republikanischen Farben und Fahnen.

Einsetzung eines außerordentlichen Gerichtshofes in Berlin, dessen Kammern aus je einem Richter und sechs Laienbeisitzern bestehen, die vom Reichspräsidenten zu ernennen sind.

Uebertragung der Anklageerhebung an einen vom Reichsjustizminister zu ernennenden republikanischen Reichskommissar.

Schaffung einer Reichsexekutive, insbesondere einer Reichskriminalpolizei.

Vorschriften zur Erleichterung der Verhaftung und Anordnung sofortiger Verhaftung solcher Personen, die gegen Gesetze zum Schutze der Republik verstoßen.

Berlin, 27. Juni 1922.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund:
Leipart. Graßmann.
Allgemeiner Freier Angestelltenbund:
Aufhäuser. Urban. Staehr.
Sozialdemokratische Partei Deutschlands:
Müller. Braun.
Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands:
Crispien. Dittmann.
Kommunistische Partei Deutschlands:
Meyer. Koenen.

Aus der Internationale.

Revolutionäre Proletarier Rußlands auf dem Wege zur K.A.P.

Brief von Genossen der Gruppe rev. Linkskomm. (K.A.P.) Rußlands.

An die Exekutive begw. Organisationsbüro der Komm. Arbeiter-Intern.

Genossen, die Arbeit, die wir in Rußland nach dem 3. Kongreß der Moskauer Internationale begonnen haben, ist nicht ohne Erfolg geblieben. Die von uns versandten, im K.A.P.-Geist geschriebenen Proklamationen haben ein Echo gefunden." Sie haben die eingeschlafene sogen. „Arbeiteropposition" aufgerüttelt und zum Protest veranlaßt. Ihre Anklage gegen das Zentralkomitee der Partei (K.K.P.), eingereicht bei der höchsten Instanz, der Exekutive der Komintern, von deren gerechten Urteil sie in ihrer Naivität sich scheinbar sehr viel versprochen hat, ist auf unser Drängen zurückgeführten. Weiter haben unsere Aufrufe die besten revolutionären Kräfte der russischen Arbeiter zum Selbstdenken, zur Kritik und zu aktivem Protest angespornt. Einen Beweis hierfür legt beiliegender Aufruf der Gruppe ehemaliger Mitglieder der K.K.P. ab, die sich in ihrem Widerstand gegen Führerdiktatur und gegen Bevormundung der 3. Internationale im Verlaufe ihres mühsamen theoretischen Klärungsprozesses zur K.A.P.-Taktik bekennen werden müssen und wie wir den Kreis der Parteien und Gruppen um die 4. Internationale erweitern und stärken werden. — Wir bitten euch, Genossen, diesen Aufruf, wonhdem er nicht ganz klar im Sinne einer K.A.-Partei formuliert ist, zu publizieren, damit sich immer breitere Schichten der Proletarier der russischen oppositionellen Stimmung bewußt werden, damit sie uns helfen, die besten Funken der Revolution, zusammenzuschlagen und damit sie endlich einen großen roten Weltenbrand entfachen. Der beiliegende Aufruf ist in Prag bereits in russischer und in Berlin in russischer Sprache gedruckt erschienen. —

Mit revolutionären kom. Grüßen

2 Unterschriften.

An alle organisierten Werktätigen aller Länder.

Betrug der Führer.

Ihr westeuropäischen Genossen könnt aus der Entfernung vielleicht die tatsächliche Lage in Rußland, die für uns zum Normalzustand unseres Lebens geworden ist, nicht klar erkennen, und die Wahrheit von euch, Genossen, wird vielleicht sogar beeinflußt von der schrankenlosen Demagogie derzeitigen Leute, die wir anklagen wollen — und als Kämpfer der Wahrheit der Wahrheit als Zerstörer der Parteidisziplin und „Provoteur und als Verräter an der Komintern verurteilen. Aber, Genossen, bevor ihr euer Urteil entscheidend faßt, hört auf unsere Worte:

Vier Jahre blutiger Leiden lassen auf den Schultern der russischen Arbeiter! Bleiweich der Gefahren, welches Elend wir hier durchgemacht haben, wendet euch könnet hier, Genossen Westeuropas, gar nicht ermessen! Hunderttausende der besten Arbeiterköpfe sind für das hohe Ziel der Befreiung der Arbeiter Rußlands und der ganzen Welt kämpfend ein Opfer der Revolution geworden. Diese Hunderttausende, Genossen, waren die ersten Truppen der Arbeiterarmee, waren eure Avantgarde, die für den Kampf um das Leben in den Tod gegangen sind. Und wenn diesen ersten Kämpfern unmittelbar Schritt auf Schritt das Weltproletariat gefolgt wäre, so könnten wir heute vielleicht bereits die Bürger der Weltrepublik der Arbeit sein! Aber, nein, das geschah nicht. Die Kämpfer der Vorderreihen sind auf den Barrikaden gefallen, aber der Lauf der Revolution ist aufgehalten worden. — Der objektive Historiker wird die Wahrheit von der Unwahrheit unterscheiden und die wirkl

Unterdrückung des Proletariats.

Bei Ausbruch der russischen Revolution 1917 war das gesamte Weltproletariat und selbst ihm klassenfeindliche und fremde Elemente glühend entflammt für den Glauben an eine freie, lichte Zukunft. Aber der Lauf einer Revolution ist unerbittlich! Potenzierte Führer der Arbeiterklasse haben sich von niedrigen Gefühlen leiten lassen und versuchen, den Gang der Geschichte ihren Instinkten anzupassen. Das ist schon Todesverbrechen in der Potenz. Zwecklos haben sie einerseits Proletariertrieb verspritzt, und auf der anderen Seite das zerstört, was sie eigentlich aufbauen wollten. Vielleicht kann man dies noch rechtfertigen, wenn man es als Beschränktheit und Irrtum derjenigen Personen auslegt, die von der Revolutionswelle an die Oberfläche geschwemmt wurden und dank mehr oder weniger eines Zufalls als dank moralischer und geistiger Vorzüge die Führer der Arbeitermasse geworden sind. — Man kann es rechtfertigen, wenn in der Revolution eine eiserne Faust nötig ist, um die Bewegung vorwärts zu treiben.

Wenn aber diese eiserne Faust mißbraucht wird, um den Freiheitssinn der Arbeiter zu erwürgen, so fragen wir: Wer braucht die neuen Ketten und Mundschlösser, mit denen die Hände und Lippen der klaren, bewußten Arbeiter gefesselt werden? Wer braucht sie? Die Revolution oder die Regierung? Die revolutionäre Arbeiter- und Bauernmacht, von der Rußlands Arbeiter und Bauern und das Weltproletariat träumte, wie sieht sie in Wirklichkeit aus? Sie wird von den gleichen Demagogen ausgeführt, die Ozeane von Arbeiterblut vergossen haben, die alles vortrefflich verkommen ließen und zerstören konnten, aber keine Kraft haben, etwas Neues zu schaffen. Noch mehr! Jede leise Ankündigung von Schaffenswillen, welcher in den Reihen des revolutionären Proletariats Rußlands gehoren wird, wird von dieser Arbeiter- und Bauernmacht unbarmherzig zertreten: Die Diktatur des Proletariats ist zu einer Diktatur einer geringen Clique geworden, die engverknüpft ist mit den gemeinsamen Interessen der Demagogen, die sich raubgierig an diese Macht festklammern und nur diese ihre Macht verteidigen.

Die Arbeiter- und Bauernmacht, die der Vertiefung der Oktoberrevolution dienen und Hauptheben der Weltrevolution sein sollte, ist zu einer Demagogencliique geworden, die die Macht an sich gerissen hat und die die Idee der Weltrevolution und des Kommunismus opfert, um diese ihre persönliche Macht nicht zu verlieren. So sieht es aus! Analysiert die Taktik der Kom. Intern. während der letzten Monate, untersucht die Politik der K.A.P.! Beide sind nur Handlanger der Regierung! Kongresse, Resolutionen und Beschlüsse sind für einen Eingeweihten nichts weiter als eine Komödie. Das alles wird im Kremel und den Institutionen der Kommissare fabriziert, um ihre im Verfall begriffene Struktur zu unterstützen und zu stärken.

Mehrere Mitglieder und Delegierte der Komintern haben die russische Wirklichkeit wohl so gesehen, wie sie ist?! Man führt sie in vorbereitete Meetingen, wo gut einstudierte Reden gehrochen werden und sogs hinein: so sprechen russische Arbeiter. Nein, die wirklichen russischen Arbeiter lernen die ausländischen Genossen auf diese Weise nicht kennen!

Die russischen Proletarier in ihrer Gesamtheit sind heute mehr als früher zu Leibeigenen geworden. Denn früher protestierten sie als solche gegen das Regime des Zarismus, gegen die Herrschaft einer anderen, ihnen feindlichen Klasse, doch jetzt hat man sie ihrer moralischen Stütze eines Protestes beraubt: Sie sehen sich heute in die Lage versetzt, gegen ihre eigene „proletarische" Arbeiter- und Bauernmacht Front zu machen.

Europäische Genossen!

Die Mehrzahl bewußter, russischer Arbeiter haben verstanden, daß sie hintergangen worden sind und wollen euch daher davor warnen, euch nicht ebenso betrügen zu lassen. Traut nicht den süßen Liedern der „zugefrorenen Nachtigallen!" Haltet fester zusammen und schafft eure Arbeitereinheitsfront, wie sie euer ehrliches Arbeiterherz euch vorschreibt, aber nicht so, wie die superlügen und vielerschreienen, im Grunde niederträchtigen und verlogenen Demagogen, deren eiserne Faust jede individuelle Vernunft bis in den Boden unterdrückt und alles, was nach wirklicher Freiheit und Wohrheit strebt, erwürgt, — sie euch bittteren!

Wir, die Gruppe freier Arbeiter, ehemaliger Mitglieder der K.A.P., warnen euch, Arbeiter- und Bauern-Genossen des kulturellen Westens, im Namen der unterdrückten und geknechteten Arbeitermassen Rußlands vor einer Wiederholung der Fehler, für die wir jetzt büßen. Wir wollen nicht, daß nach gewissen Monaten der Revolution, wenn ihr die alte Bourgeoisie zerschmettert habt, ihr von neuem erstarkt werdet von einer neuen Bourgeoisie, wie es jetzt hier mit uns geschieht! Wir wollen nicht, daß man euch so zum Narren hält und verhöhnt, wie es die Organe unserer Sowjetregierung mit uns tun! Wir haben das Signal für die Weltrevolution gegeben, sie begonnen und wollen an Rußlands Beispiel zeigen, auf welch negativen Boden man sie hat führen können! Führt ihr den Kampf auf anderer — neuer Grundlage und überschätzt nie die Bedeutung und Stärke der Revolutionsgenerale, die von Volkstribunen zu asiatischen Satrapen degenerieren und euch zu ihren Sklaven machen.

Bazdebachter Verrat an der Revolution.

Heimlich und offen erheben wir Anklage gegen die Führer der K.A.P., die gleichzeitig die Führer der Arbeiter- und Bauern-Regierung sind, wegen ihres wissenschaftlichen Verrats an der Weltrevolution. Wir klagen sie an, weil sie — um sich dem Rausch der Macht hinzugeben, — nicht den erforderlichen Widerstand leisteten und für ihr persönliches Machtbedürfnis die Interessen der Arbeiterschaft Rußlands und der Welt preisgaben. Wir klagen sie an, als die Führer der neuen Bourgeoisie, die gesellschaftlich und brutaler ist als die alte, und weiter als die Inspiratoren der neuen, grausamsten und blutdürstigsten Form unbarmherziger Ausbeutung der Arbeiter! Wir, Arbeiter Rußlands, die in Wirklichkeit jeden Rechts auf Streik und Arbeiterkoalition beraubt sind, warnen euch, Genossen des Westens, — und — appellieren an euch!

Dies erkennen wir als die Pflicht eines ehrlichen kom. Arbeiters im gegenwärtigen Moment aussprechen.

Unser Aufruf soll euch Veranlassung zur eingehenden Untersuchung der Wahrheit über die Lage der Arbeiter in Rußland geben! Wir glauben, mit dem Oeffnen des Geschwürs an der Revolution nur der Pflicht ehrlicher Proletarier, die im revolutionären Kampf nicht fürchten, etwas aufzudecken, nachgekommen zu sein. Das weitere aber, Genossen des Westens, müßt ihr selber zu begreifen und beurteilen versuchen. Uns fehlen die Worte, um alles das auszusprechen, was wir als bewußte, revolutionäre Arbeiter in Rußland erleiden.

Auf Grund der Bevollmächtigung für die Gruppe der Genossen ehemaliger K.A.P.-Mitglieder.

Unterschriften.

Moskau, 14. März 1922.

Aus der Partei.

Ad acta!

Als erledigt, als zu den Akten der Historie gehörig, betrachteten wir einen an den formellen Inhaber des Verlags „Proletarier" gerichteten Brief eines früheren Mitgliedes unserer Partei, das in den letzten Auseinandersetzungen auf Seiten der „Berliner Richtung" eine nicht unerhebliche, ja vielleicht entscheidende Rolle gespielt hat. Nachdem aber insbesondere das Organ der „Berliner Richtung" der Allgemeinen Arbeiter-Union es nicht unterlassen kann, seinen Leserkreis mit schmutzigen Verdächtigungen und prägnanten Behauptungen über angebliche Korruption in unseren Reihen aufzuwarten, fühlen wir uns verpflichtet, mit solchen Schmutzfinken Fraktur zu reden.

Ende Mai also erhielt der „Proletarier"-Verlag folgenden Brief:

„Wie ich ersehre, haben Sie bei der Druckerei L. eine Bestellung gemacht auf eine Zeitung „Kommunistische Arbeiter-Zeitung" und eine Zeitung „Kampfruf".

Sie haben die Firma L. beauftragt, bei beiden Zeitungen genau den Kopf zu nehmen, wie bei den Zeitungen der Kommunistischen Arbeiter-Partei und der Allgemeinen Arbeiter-Union. Ich verstehe tatsächlich nicht, wie Sie die Frechheit haben können, eine derartige politische Schiebung vorzunehmen. Es paßt zwar zu allem, was Ihre Clique bis jetzt vorgenommen hat. Sie haben anscheinend vergessen, daß ich Ihnen und Ihrer Klique jedes politische Auftreten überhaupt verboten habe. Ich mache Sie auf die Folgen aufmerksam, die darin zuerst bestehen, daß ich L. darauf hinweisen werde, woher die Gelder stammen, d. h. aus fabriziertem falschen Gelde, worüber jede Kontrolle fehlt. Wenn Sie bei L. erwähnten, daß Sie Geld von Holland erhalten, so zieht bei mir dieser weitere Schwindel nicht. Ihr politischen Hallunken setzt das Geld hier um, schickt es nach Holland und erhaltet von dort Gulden. Die Holländer werden auch wohl mal eine Sammlung veranstalten, damit ein Nachweis für das Herkommen der Gelder da ist.

Ich ersuche Sie also, die Zeitungen bis spätestens Dienstag bei L. abzubestellen. Ich dulde es auch nicht, wenn Sie irgend jemand anderen vorschicken, oder versuchen würden, die Zeitungen in einer anderen Stadt drucken zu lassen. Die Essener K.A.Z. ist auch gerade oft genug erschienen. Ich mache Sie und Ihre Clique auf die Konsequenzen aufmerksam. Ich scheue kein persönliches Opfer, Leuten Ihrer Art das Handwerk für alle Zeiten zu legen. Sollte ich infolge meines Vorgehens gegen Sie auf Widerstand in meiner Partei stoßen, werde ich austreten und könnte dann den Kampf gegen ein solch korruptes Gesindel wie Sie und Ihre Clique noch viel besser vornehmen. Sie und Ihre Clique haben für alle Zeiten aus der Arbeiterbewegung zu verschwinden!

P. Bergs"

Die Redewendungen in diesem Brief „Ich kann nicht dulden", „Ich verbiete" (Klingt „KPD" oder „ADAR", Peter Bergs, nicht schöner?) lassen auf den seelischen Zustand seines Verfassers schließen, doch kann sein Inhalt anderes spiegeln als den Kopf seines Schreibers? Unsere Genossen mögen selbst prüfen!

Wie man aber den Kommunisten Peter Bergs auf Grund seines Briefes zu beurteilen hat, sagt ein Schreiben seiner „Richtungs"-Freunde; gab doch der mit dem Bergs-Brief beglückte Genosse dem Bezirks-Ausschuß der Berliner Richtung von seinem Empfang Kenntnis, worauf er auf parteioffiziellem Briefbogen folgendes persönliche Schreiben erhielt:

Werter Genosse Sach!

Von dem Inhalt des Briefes, den Du an Sch. geschrieben hast, habe ich Kenntnis erhalten. Ich habe daraufhin sofort den Ausschlußantrag gegen Bergs gestellt oder vielmehr in ultimativer Form verlangt. Die Reinheit der Organisation geht uns über alles. In unseren Reihen kann kein Platz sein, weder für moralische Lumpen noch für Leute, die durch Briefe oder Zeitungsmeldungen die Arbeit eines Spiegels, gewollt oder ungewollt, verschlen. Es wäre allerdings gut, wenn auch Ihr nach diesem Grundsatz verfahren würdet.

Dieses zur Kenntnisnahme. Hoffentlich bringt Ihr noch soviel proletarischen Anstand auf, bei der „Ausschlachtung" des Briefes von Bergs auch gleich unsere Maßnahme und Antwort zu verwerten.

Mit kommunistischen Gruß

F. K.

An eine „Ausschlachtung" des Briefes dachten wir, wie oben bereits gesagt, keineswegs nicht, hieße doch das eine dummdreiste Räubermanier zur politischen Aktion stempeln. Interessant nur war uns die Wandlung des Briefes von „ich" zum „uns" und von diesem wieder zur persönlichen Unterschrift; dann weiter vom „ich habe den Ausschluß verlangt" zur unsrigen Maßnahme"!

Heute können wir allerdings diese innere Wandlung des Briefes verstehen. Es ist nämlich dem Ausschuß-Berlangen gegenüber dem „moralischen Lumpen" Bergs geblieben, sein Ausschluß wurde abgelehnt!

Nun, zu was das gutan, so man der Bergs'schen „moralischen Lumperei" einen Freibrief gegeben, so man sich also seine moralische Lumperei zu eigen gemacht, fordern wir die Presse „Berliner Färbung" auf:

Was Du zu behaupten hast
sollteß Du getrost beweisen!
Denn die Wahrheit ringt sich durch;
im Dunkeln aber bleibt die Lüge!

Bis das geschehen: Ad Acta mit solchen Dingen!

Wochenspiegel.

Glücklich hat man das Gesetz zum Schutze der Republik unter Dach und Fach gebracht. Praktisch ist es schon in Bayern in Kraft gesetzt. Dort hat man Kommunistenblätter wegen „Hetze" verboten.

Der Fraktionsarbeitsgemeinschaft der USPD. und VSPD. in Braunschweig die Fraktionseinheit gesolgt. Wer man immer noch die „Einheitsfront des Proletariats" erkennt, dem ist nicht zu helfen.

In Burg Gaslech hat man die beiden Kattenaumörder Kraus und Fischer geschickt, die, als kein Ausweg mehr übrig blieb, sich entleibten.

Der Stettiner Streik dauert nach wie vor fort. 211 zur Ausfahrt bereite Schiffe liegen fest. Den Bäderverkehr zwischen Stettin und Swinemünde hält die technische Nothilfe aufrecht. — Stettiner Straßenbahnen sind wegen Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnforderungen in Streik getreten. In Lübeck streiken die Arbeiter der Überlandwerke. Einige Hundert Drifschaften in Mecklenburg, Lauenburg und Schleswig sind ohne Licht und Kraft. Falls der Streik nicht beigelegt wird, droht die ganze Lübecker Industrie schließen. Auch in der Lombardei brodelt es. In den Kreisen Stendal, Osterburg, Gardelegen und Salzwedel sind Landarbeiterstreiks ausgebrochen; in der Umgebung von Berlin sind Ausstände zu verzeichnen. Immer mehr verschlechtert sich die Lebenslage des Proletariats. Die SPD. glaubt durch den Zusammenschluß die Unzufriedenheit der Arbeiter bändigen zu können, daher die „Einigung" mit der USP. Am 17. September findet in Augsburg SPD.-Parteitag statt. Dort wird auch d. organisatorische Verschmelzung beiden „Arbeiterparteien" besprochen werden. Die bayerische Regierung ist eine Monarchistische Demonstration nach der andern — der General Kronprinz Rupprecht ist der Held des Tages. Immer wieder kommt das Gerücht aus dem Ehiemgau (Südbayern) auf, daß Rupprecht in nächster Zeit zum König ausgerufen werden soll. Tatsache ist jedenfalls, daß die bayerische Regierung ihre Truppen, die in Württemberg, Baden etc. manövrieren, zurückbeordert hat.

Bei den Deutschnationalen kracht es im Gebälk; der extrem-völkische Flügel, der sich um Wulle, von Graefe, Henning etc. gruppiert sind der Partei ausgetreten und zu den deutschsozialen hinübergegangen.

Die interalliierte Kommission in Deutschland hat mal wieder Maschinengewehre in Stuttgart entdeckt. — Ein Gedanke taucht auf — ob diese Waffenfunde nicht zur Beruhigung der Arbeiter dienen sollen?

Und wie sieht es im Ausland aus? Italien steht vor dem Generalstreik, der amerikanische Eisenbahnerstreik hat sich verschärft. — In einigen Distrikten hat die Regierung versucht, mittels Truppen den Streik zu niederschlagen.

Mit allen Mitteln versucht das Kapital sich zu halten. Die polnische Krise ist chronisch geworden. Korfanty, der Mann der „Rechten", ist mit dem Regierungschef Pilsudski im schärfsten Kampfe. — Dublin, Irlands Hauptstadt, der gegenüber dem englischen Feldmarschall Wilson „für Irland" geübt hatte, wurde zum Tode verurteilt. Offenbar kann weder leben noch sterben, man verbot den Waffenhandel, um Spekulationen zu verhindern. In Dänemark wird man humaner. Zum Tode verurteilte Delequenten werden nicht mehr mit dem Richtbeil, sondern die Guillotine vom Leben zum Tode befördert. — Es ist nichts über den Fortschritt.

Die Berliner Börse notiert am Schluß der Woche den Dollar mit [illegible]

Mitteilungen.

Druckfehler.

Im Aufsatz „Kommunistische Partei und bedrohte Republik" im vorigen „K. A. Z." hat sich ein sinnentstellender Satzfehler eingeschlichen. In der 14. Zeile von unten muß es statt „wirtschaftlicher" kapitalistischer Reaktion heißen.

Die Redaktion.

Pressefonds.

Berlin Liste	1	55,— Mark
„ „	2	18,— „
„ „	6	117,50 „

Kommunistische Arbeiter-Partei Bezirk Berlin.

Am Montag, den 31. Juli 1922, abends 7 Uhr, findet in Neukölln, Hermannstr. 168 eine

Mitgliederversammlung

statt!

Bei allen Geldsendungen

ist stets anzugeben, für welchen Zweck das Geld bestimmt ist. Bei Abrechnung für „KAZ.", ist die abgerechnete Nummer anzugeben, sonst genügt der Hinweis „Pressefonds", „Broschüren" etc.

Verlag „Proletarier".

K. A. P. Mühlhausen (Thür.)

Mitgliedskarte Nr. 568 der K.A.P., auf den Namen Paul Lange, Mühlhausen i. Thür., ist verlorengegangen und wird Vorzeiger der Karte anzuhalten.

Mitgliedskarte der K.A.P., auf den Namen Oskar Gr[illegible] Mühlhausen, lautend, ist verlorengegangen und aber geflohen worden. Vorzeiger der Karte ist anzuhalten und als Spitzel zu betrachten.

K. A. P. Spandau. Genosse Viktor Drewnin wurde wegen parteischädigendes Verhalten aus der Partei ausgeschlossen.

Kommunistische Arbeiter-Partei Bezirk Spandau, Osthavelland

Mittwoch 23. Juli 1922

Mitglieder - Versammlung

ab. 7½ Uhr im „Alpenfranzel", Staakener Str.

Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist Pflicht.

Reichskonferenz der K.A.P.

6. und 7. August 1922 in Berlin

Nähere Auskunft durch Lieschen Reichardt, Berlin, Mariendorf, Kurfürstenstraße 34.

Verantwortlich für den Inhalt: Hugo Dobschläger, Mühlheim-Ruhr.
Verlag Proletarier, Inh. Emil Sach, Berlin SO 36.
Druck: Kommissionsdruckerei der K.A.P.D., Essen.

Genossen frisch ans Werk
sammelt unermüdlich
für den Pressefonds

Postscheckkonto: Berlin NW 7, No. 117766

1. Jahrg. Nr. 12. Preis 3,00 M.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Die „KAZ" erscheint wöchentlich einmal. Zu beziehen durch alle Bezirksorganisationen, oder direkt durch Verlag „Proletarier", Berlin SO. 36, Reichenbergerstr. 113.

Zuschriften für die Redaktion sowie alle Geldsendungen an Verlag „Proletarier" (Emil Sach), Berlin SO. 36, Reichenberger Straße 113.

Postscheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 117766 (Emil Sach). Versand unter Streifband in Deutschland 14,— M. und nach dem Ausland 30,— Mark monatlich.

An die jungen Revolutionäre in der Kommunistischen Arbeiter-Jugend!

Jugendgenossinnen! Jugendgenossen!

Die planlose, nur auf klingenden Gewinn eingestellte Warenerzeugung hat die Welt-Wirtschaft und damit der kapitalistischen Gesellschaftsorganisation bereits lange vor dem Weltkriege Erschütterungen erleben lassen: „Ueberproduktions"-Krisen. Die durch ständigen technischen Fortschritt erzielte Massenproduktion mußte sich eben im Laufe einiger Jahre erschöpfen, weil das verfügbare Absatzgebiet mit Ware überschwemmt und die geringe Entlohnung des ausschlaggebenden Teils der Verbraucher, der Proletarier, diesen die Möglichkeit raubte, über das allernotwendigste Maß zu kaufen. Diese Stockungen im Warenabsatz, die zeitweise Stillegungen verschiedenster Industrien und Betriebe bedingten, konnten anfangs leicht, dann aber immer schwerer überwunden werden; einerseits durch Besserstellung eines Teils der Proletarierklasse, um seine Kaufkraft zu stärken, andererseits durch Erschließung neuer Absatzgebiete in Form der Kolonialländer und von Welt-Verkehr und -Handel ausgeschlossener Erdteile und Länder.

Der Erschließung neuer Absatzmärkte aber waren geographische Grenzen gezogen und so mußte es schließlich nach einer Reihe sich ständig verschärfenden periodisch einsetzenden Ueberproduktionskrisen zu einem Zusammenprall zwischen den führenden Kapitalsgruppen, zu einer blutigen gewaltsamen Auseinandersetzung um die Rohstoffquellen und Absatzmärkte der Welt kommen. Dieses zwangsläufige Produkt der Entwicklung kapitalistischer Wirtschaft war der Weltkrieg.

Mit ihm aber ist eine neue Erschütterung, eine neue Krise hereingebrochen. Doch nicht eine im Sinne der Vorkriegszeit, sie unterscheidet sich von diesen dadurch, daß sie eine dauernde ist, daß sie ist die Krise des kapitalistischen Gesellschaftssystems überhaupt. Denn: Eine Wirtschaftsform ist gesellschaftlich überlebt, wenn sie nicht mehr die Befriedigung der Bedürfnisse der in ihr lebenden Menschen gewährleisten kann. Das ist einer auf Profit beruhenden Wirtschaft heute nicht mehr möglich, sie kann ihre Produktion nicht mehr in geordneten Einklang mit der Konsumtion, den Verbrauch, bringen. Der dialektische Gegensatz von kapitalistischer Produktion und Absatz zwingt den Kapitalismus seine bisherigen Formen zu sprengen und sich im riesigen Ausmaß international auszugestalten. Aber auch diese Zwangläufigkeit scheitert nicht den inneren Widerspruch zwischen hochindustrieller Massenproduktion und der durch den Krieg an Zahl verringerten aber kaufkräftiger gewordenen Verbraucherwelt beseite, einen Widerspruch, an dem der Kapitalismus sich selbst zugrunde richten muß! So ist mit dem Weltkrieg zugleich die letzte Entwicklungsphase der kapitalistischen Epoche eingeleitet, in der das Proletariat auf die geschichtliche Bühne zu treten hat, um seine Klassenherrschaft aufzurichten als den Anfang des Werdens der klassenlosen Gesellschaftsordnung! Diese, ihre historische Klassenaufgabe, müssen die Proletarier erfüllen, wollen sie nicht geistig und physisch zugrunde gerichtet werden; nicht traumhafte Illusionen werden sie auswerfen lassen der von Rosa Luxemburg gezeichneten Entscheidung: Untergang in Barbarei oder Sozialismus!

Doch zweifellos hat sich der Kapitalismus seit Kriegsausgang wieder gefestigt, politisch gefestigt; er hat breite Ideologische Positionen gewonnen durch Einreihung der Arbeiter in den Wirtschafts- und Staats-Organismus, durch die von seinen geschickten Vertretern begonnene und noch andauernde „Demokratisierung". Wenn die Proletarier vor und im Kriege gezwungen dem Kapitalisten ihre Arbeitskraft zu geben, so tient sie das heute willig, um „wiederaufzubauen"! Sie sind damit des Wirkens der Sozial-Reformisten geistig eingespannt in den Dienst für den Kapitalisten, für seinen Profit! Dieser Zustand, der bewußte Wille großer Teile des Proletariats den Kapitalismus wieder „in ordnungsmäßigen Zustand" zu bringen, hat das politische Leben beeinflußt, hat den Wellenschlag gedämpft, hat ein Wiedergefunden der kapitalistischen Welt scheinbar bewirkt!

Solche ideologische Festigung des Kapitalismus hat bei vielen Kommunisten Zweifel aufkommen lassen an der Zwangsläufigkeit der geschichtlichen Entwicklung, an der Todeskrisis des kapitalistischen Systems. Das Erkennen der Todeskrisis aber ist die Grundlage aller Prinzipien der Kommunistischen Arbeiter-Partei!

Die Beruhigung des politischen Lebens und die mit ihr bedingte allseitige Passivität hat noch eine andere Auswirkung in der Kommunistischen Arbeiter-Partei gezeitigt: Instinktiven Drang nach aktiver Betätigung. „Aktive Betätigung" in einer Situation, in der Kommunisten nur die Aufgabe haben können, die Köpfe der Proletarier zu revolutionieren, sie geistig einzustellen auf den Klassenkampf, „aktive Betätigung" in dieser sumpfigen, dreckigen, auf Reformismus drängenden Zeit, das heißt nichts anderes, als aktiv zu sein im opportun-reformistischen Wirken! Doch das will die Kommunistische Arbeiter-Partei nicht, das darf sie nicht, selbst auf die Gefahr hin, zeitweise vom Proletariat vollkommen isoliert zu werden! Eine wahrhafte Kommunistische Arbeiter-Partei muß stehen bleiben inmitten der Wellenbrandung zum Reformismus, muß ausharren auf vorgeschobenen, einsamen Posten, muß prinzipienfest kommunistisch bleiben und nützlichen warten der Stunde, die ihr einst schlagen muß!

Die revolutionären Proletarier Rußlands haben im November 1917 mit Hilfe der Bauernklasse die Macht an sich gerissen und errichteten den ersten Arbeiter-Sowjetstaat der Welt. Sie wußten, daß Sowjet-Rußland inmitten des Weltkapitalismus sich auf die Dauer nicht behaupten konnte, ihre einzige Hoffnung war: Proletarische Revolution in Europa. Ihre Triebkräfte schärften, sie entfesselten, war Aufgabe und Streben der klassenbewußten Arbeiter aller Länder, mußte sein das historische Werk der mitten im Weltkrieg geborenen revolutionär-kommunistischen Internationale!

Doch die Arbeiter Europas und Amerikas hatten die Zeichen ihrer Zeit noch nicht begriffen, fast die Herrschaft ihrer Klasse aufzurichten, halfen sie dem Kapitalismus! So mußte denn nach vergeblichem Ringen Sowjet-Rußland — auf sich selbst verlassen — versuchen, sich mit der kapitalistischen Umgegend auszusöhnen, mußte der ausländischen mußte denn nach vergeblichem Ringen Sowjet-Rußland dieser Industrieprodukte zu erhalten. Gleichlaufend mit dieser Kapitulation der Proletariermacht vor der internationalen Bourgeoisie mußte im Lande selbst eine völlige Umgestaltung des Staatsorganismus beginnen, mußte das Bauerntum die Rechte seines gewonnenen Privateigentums erweitern und festigen und so der russischen Revolution ihren Inhalt — proletarisches Gemeineigentum — nehmen. Heute, wo bereits über ein Jahr seit den ersten Schritten zu solcher Kapitulation vergangen, sollte allen klar sein: Rußland ist kein Sowjet-Rußland mehr; Rußland geht (durch Schuld des internationalen Proletariats!) seinen geschichtlichen Entwicklungsweg: die kapitalistische Epoche!

Die Kommunistische Internationale hatte am Beginn der kapitalistischen Wandlung Rußlands die Entscheidung: Ein Werkzeug der russischen Regierung im diplomatischen Streit mit den europäischen und amerikanischen Kapitalisten oder internationales Hirn und Waffe des klassenbewußt ringenden Proletariats zu sein. Sie hat ersteres gewählt und damit aufgehört proletarische Internationale zu sein!

In dem Augenblick, wo der K.A.P.-Gedanke über die Grenzen Deutschlands hinaus begann Wurzeln zu schlagen, wo die Kommunistische Internationale zusammengebrochen und aus ihr eine Moskauer-Regierungs-Internationale geworden war, historische Notwendigkeit die Schaffung der Kommunistischen Arbeiter-Internationale, als der Form des organisatorischen Zusammenschlusses der Träger des kompromißlosen, konsequenten Klassenkampf-Gedankens! Sie ist geschaffen, ihre prinzipiellen Grundlagen hat ihr Gründungskongreß festgestellt. Nun gilt es zu beginnen mit positiver und praktischer Arbeit im Sinne der Kommunistischen Arbeiter-Internationale!

Jugendgenossinnen, Jugendgenossen, der Kommunistisch. Arbeiter-Jugend Deutschlands!

Nachdem wir in diesen großen Zügen die grundsätzlichen Probleme der letzten Auseinandersetzungen in unserer Organisation gezeichnet und die Stellung der Partei zu ihnen formuliert, fordern wir Euch auf: Ueberlegt und entscheidet; diese Entscheidung muß eindeutig und klar sein, die jetzige Situation der Kommunistischen Arbeiter-Bewegung duldet keine Halbheiten mehr!

Die Euch vorgelegte Entscheidung kann nicht schwer sein, aber sie muß sein. Vertrauend auf Euren frischen und gesunden Geist haben wir die Gewißheit, daß Ihr trotz der auf Opportunismus gerichteten Situation das bleibt, was Ihr im Bunde mit der Kommunistischen Arbeiter-Partei bisher gewesen: Kommunistischer Vortrupp der Arbeiterklasse!

Die Kommunistische Arbeiter-Jugend soll ihrem Programm zufolge mit Recht sein die Zusammenfassung der klarsten und aktivsten jungen Revolutionäre, soll sein die Kommunistische Arbeiter-Partei des Jungproletariats und geistiges Glied der Kommunistischen Arbeiter-Internationale. Als solches müssen ihre Handlungen diktiert sein von Erkennen der Rolle, welche den jungen Kommunisten im Rahmen der kommunistischen Gesamt-Bewegung zufällt!

Die Tatsache, daß wir brechen mußten mit Proletariern, die vom reformistischen Zug der Zeit mitgerissen wurden, ist ein Symptom für die Lage der Kommunistischen Arbeiter-Bewegung. Sie zeigt hochgradige Isolierung des Klassenkampfgedankens vom Proletariat, denn nur aus dem Gefühl des Verlassenseins können solche Auffassungen heraus entwickelt werden!

Dies erkennen und alle Kräfte dagegen mobilisieren, muß eins sein!

Alle Kräfte dagegen mobilisieren aber heißt: Innigster, festigster wie organisatorischer Zusammenschluß aller Träger des K.A.P.-Gedankens, national und international, selbst auf die Gefahr hin, besondere Tätigkeitsgebiete zeitweilig vernachlässigen zu müssen! Das heißt: Zusammenstellung aller bezüglichen gleichlaufenden Funktionen; das heißt, Jugendgenossen, Euch nunmehr auch organisatorisch einzureihen in die Kommunistische Arbeiter-Partei!

Wir wissen, daß Euch dieser Schritt schwer fallen wird; wir wissen, daß so mancher aus Euren Reihen ihn nicht gehen kann und abseits bleiben wird; aber unser aller Wille, den K.A.P.-Gedanken als Glauben hermetisch abzuschließen gegen den reformistischen Zug der Gegenwart, ihn zu fundamentieren und zu festigen, zwingt zu solchem Verlangen!

Jugendgenossinnen! Jugendgenossen!

Ihr habt zu beweisen, ob Ihr Euch Eurer bisherigen Rolle im Klassenkampf bewußt gewesen, habt zu entscheiden, ob Ihr noch sein wollt, was Ihr bisher waret! Eure kommende dritte Reichskonferenz möge sich über die Schwere ihrer Entscheidungen klar sein, und ist sie das, dann kann sie sich nur entscheiden:

Gegen jeden opportunistischen Zug: für die Kommunistische Arbeiter-Internationale!

Kann sie nur bejahen die

Einreihung der jungen Revolutionäre in die Kommunistische Arbeiter-Partei!

Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands.